

Fachdidaktische Hinweise zu Kapitel 6, Lerneinheit 2 „Der Euro“

Einleitende Informationen zum Thema

Wie der nachfolgende Textauszug zeigt, war der „Euro“ von Anfang an ein politisches Projekt, um die Gemeinschaft zu vertiefen. Dass er wirtschaftliche Probleme bringen kann und wird, war auch schon im Vorfeld klar.

Politischer Wille stach die ökonomischen Bedenken

Die ersten Ideen für eine gemeinsame Währung in Europa wurden bereits im Jahr 1946, also unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, laut. Würden die Völker Europas das gleiche Geld verwenden, dann würden sie keine Kriege mehr gegeneinander führen, so der friedenspolitische Gedanke dahinter. Ein Gedanke, der in den 56 darauf folgenden Jahren immer eine treibende Kraft blieb, bis im Jahr 2002 durch die Einführung des Euro als offizielles Zahlungsmittel in damals zwölf Staaten dieser Traum Wirklichkeit wurde. Der Grundstein für die Gemeinschaftswährung wurde allerdings bereits viel früher gelegt, und zwar im Jahr 1957. Damals unterzeichneten die sechs Gründungsmitglieder der EU in Rom jene Verträge, mit denen die europäische Wirtschaftsgemeinschaft begründet wurde. Sie gilt als unabdingbare Voraussetzung für ein Zusammenwachsen der einzelnen Volkswirtschaften, in deren Folge es auch eine gemeinsame Währung geben kann.

Henne oder Ei

In den Jahren darauf wurde das Thema zwar immer wieder diskutiert, es zeigte sich jedoch auch schon bald, dass es zwei Gruppen mit ziemlich unterschiedlichem politischen Zugang gab. Auf der einen Seite eine Gruppe mit Frankreich an der Spitze, die eine Gemeinschaftswährung möglichst bald einführen wollte, um das Zusammenwachsen der Nationen und ihrer Volkswirtschaften zu beschleunigen. Auf der Gegenseite eine Gruppe mit Deutschland an der Spitze, die lieber zuerst eine Annäherung der nationalen Ökonomien haben wollte, bevor eine gemeinsame Währung „darübergestülpt“ wird.

1969 beauftragten die Staats- und Regierungschefs schließlich den luxemburgischen Premier Pierre Werner damit, einen Plan für eine gemeinsame Währungsunion zu erstellen. Nicht zuletzt aufgrund der Verwerfungen des internationalen Währungssystems Anfang der Siebzigerjahre (Ende von Bretton-Woods und Ölkrise) dauerte es aber noch beinahe weitere zehn Jahre, bis 1978 auf Initiative des französischen Präsidenten, Valéry Giscard d'Estaing, und des deutschen Bundeskanzlers,

Helmut Schmidt, das Europäische Währungssystem (EWS) beschlossen wurde.

Im Zentrum dieses Systems stand die neu geschaffene Kunstwährung ECU (European Currency Unit), die in den folgenden Jahren als Rechnungswährung in der damaligen EG diente. Der Wert eines ECU berechnete sich dabei durch einen Währungskorb der teilnehmenden Mitgliedsländer, in dem die nationalen Währungen je nach der wirtschaftlichen Stärke des jeweiligen Landes prozentual vertreten waren. Zudem wurden für die Währungen Leitkurse gegenüber dem ECU festgelegt, um die sie in einer festgelegten Bandbreite schwanken durften.

Auch wenn das EWS immer wieder mit Problemen kämpfte, etwa, weil manche EG-Mitgliedsländer wie Großbritannien lange Zeit nicht beitreten wollten oder andere wie Italien zwischenzeitlich austraten, sorgte es für eine weitere Annäherung der einzelnen Volkswirtschaften, indem etwa die Inflation überall deutlich gebremst wurde. Vor allem in Frankreich wurde daher Ende der 1980er-Jahre erneut der Wunsch laut, nun auch den letzten Schritt – die gemeinsame Währung – anzugehen. Doch erneut gab es Widerstände aus Deutschland, wo vor allem die Bundesbank dagegen war, ihren währungspolitischen Spielraum einzuengen.

Der entscheidende Anstoß kam daher wieder aus der Friedenspolitik. So stand nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1990 plötzlich die Wiedervereinigung Deutschlands auf der politischen Agenda. Und nachdem Kanzler Helmut Kohl überraschenderweise auch relativ schnell Sowjetpräsident Michail Gorbatschow seine Zustimmung abgetrotzt hatte, mussten nur noch die drei Westmächte der Wiedervereinigung zustimmen. Für Frankreichs damaligen Präsidenten, François Mitterrand, ein guter Moment, um die Deutschen an ihre Verpflichtungen auf der Ebene der europäischen Einigung zu erinnern. Zwei Jahre später – im Jahr 1992 – wurde dann auch schon der Vertrag von Maastricht unterzeichnet, der nicht nur die EG zur heutigen EU machte, sondern auch die Einführung einer gemeinsamen Währung in Stein meißelte.

„Gefahr für Europa“

Doch diese politische Festlegung sorgte nun auch für ein Lauter-Werden der ökonomischen Kritik an der künftigen Gemeinschaftswährung. So veröffentlichten nur vier Monate nach der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht bereits 60 deutsche Ökonomen ein Manifest, das die währungspolitischen Beschlüsse des Vertrags als „Gefahr für Europa“ bezeichnete. Sie wiederholten dabei jene Kritik, wonach eine Angleichung der Wirtschaftsstrukturen eine Vorbedingung für eine Währungsunion sei.

Die von den deutschen Verhandlern unter der Federführung von Finanzminister Theo Waigel festgeschriebenen Konvergenzkriterien (maximales Defizit von drei Prozent, maximale Schuldenquote von 60 Prozent) würden dafür nicht reichen, da die Einhaltung dieser Kriterien alles andere als sicher sei. Kurz gesagt: Es gebe einfach keinen politischen Konsens über eine Kultur einer stabilen Währung innerhalb der EU.

Die Kritik der Ökonomen basiert dabei auf einer Theorie, die von den US-Forschern Robert Mundell und Peter Kenen, schon in den 1960er-Jahren aufgestellt wurde. Demnach muss es in einem Währungsraum eine hohe Flexibilität der Arbeitskräfte geben. Fehlt diese, sind interregionale Fiskaltransfers notwendig, um die Stabilität zu gewährleisten. Die Arbeitskräfteflexibilität sei in Europa aufgrund der Sprachbarrieren und bürokratischer Hürden jedoch anders als in den USA nicht gegeben, so die Kritik. Im Rückblick stellen sich heute einige der bereits damals formulierten Kritikpunkte durchaus als berechtigt dar. So konnten etwa die Länder des Südens während der Eurokrise nicht mehr durch Abwertung ihrer Währungen ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, sondern nur durch eine Kürzung der Löhne. Ein Vorgang, der politisch nur schwer

durchsetzbar ist und riesige Widerstände hervorruft, wie das Beispiel Griechenlands in den vergangenen Jahren der Krise gezeigt hat.

Von der Politik, auch jener in Bonn und später Berlin, wurden diese Einwände jedoch beiseite gewischt. So erklärte etwa der Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker, Jahre später: „Der Euro ist für mich niemals etwas anderes gewesen als europäische Friedenspolitik mit anderen Mitteln.“

Aus dem Franco wurde der Euro

Die Politik kümmerte sich somit lieber um andere Fragen rund um die Gemeinschaftswährung – etwa den Namen. Hier brachte Waigel den Vorschlag ein, die Währung Franken zu nennen. Ein Vorschlag, der auch den Franzosen gefiel, schließlich hätten sie ihren Franc behalten können. „Dann merkte jedoch der spanische Regierungschef, Felipe Gonzáles, an, dass die Währung in seinem Land Franco heißen würde. Und das ging nach der Franco-Diktatur natürlich nicht“, erzählte Waigel später einmal. Wenig später brachte er den Namen Euro ins Spiel – und dieser blieb.

1999 wurde der Euro schließlich als Buchgeld eingeführt, 2002 auch als Zahlungsmittel. Dafür wurden am 1. Jänner 2002 in den zwölf Euro-Gründungsländern in Summe 14,9 Milliarden Euro-Banknoten und 52 Milliarden Münzen bereitgestellt. Seither hat sich der Euro als Zahlungsmittel unbestritten durchgesetzt. Er hat auch viele Vorteile mit sich gebracht, wie etwa deutlich gesunkene Wechselkursspesen für Private und vor allem Firmen. Das hat vornehmlich in kleineren Ländern wie Österreich den Export deutlich angekurbelt. Nur die grundsätzliche Kritik an der fehlenden Konvergenz der Länder, die ist ebenfalls geblieben.

Quelle: www.diepresse.com, 24.11.17, Jakob Zirm

Fachdidaktische Hinweise für den Unterricht

Einstiege in das Themenfeld

Mithilfe der Einstiegsübung **Ü 6.25 – Wie gut kennen Sie die Europäische Währungsunion?** soll festgestellt werden, ob die Schüler/innen wissen, in welchen Ländern der Euro als gesetzliches Zahlungsmittel verwendet wird.

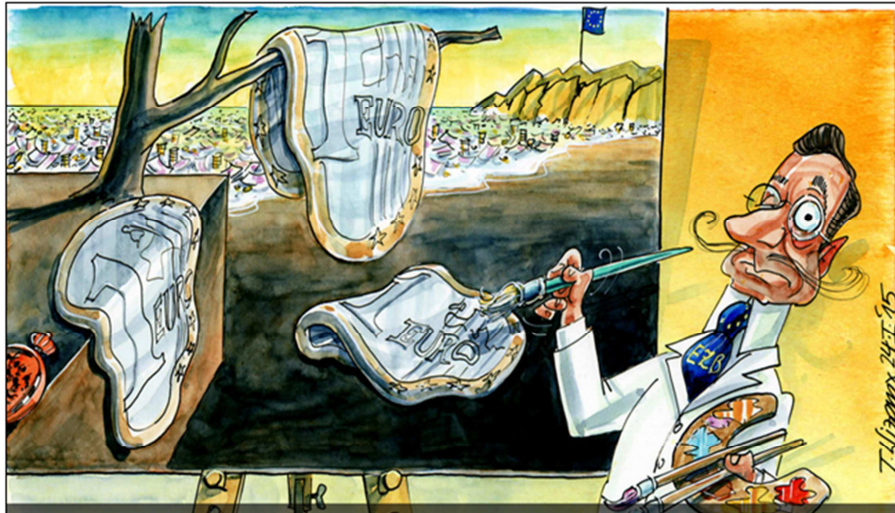
Als alternative Einstiege in das Themenfeld bieten sich folgende erprobte Varianten an:



Hinweis:

Die PowerPoint Präsentation zu dieser Lerneinheit finden Sie im M-BOOK online unter Zusatzmaterialien.

■ Einsatz diverser Karikaturen – Beispiel:



Salvador Draghi ...

© Thomas Wizany (Salzburger Nachrichten, 23.1.15)

- **Besprechung aktueller Zeitungsschlagzeilen bzw. -meldungen**
(z. B. Wiederaufnahme des „QE-Programms“, Erhöhung der Leitzinsen)
- **Besprechung der Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten**
(www.oenb.at → Bargeld → Falschgeld → Sicherheitsmerkmale)

Zu 1: Was waren die wichtigsten Stationen auf dem Weg zum Euro?

Die Schüler/innen sollten informiert werden, dass die Anfänge der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) in das Jahr 1988 zurückreichen. Damals setzte der Europäische Rat eine Expertengruppe ein, die die Aufgabe hatte, konkrete Schritte zur Verwirklichung einer EWWU zu prüfen bzw. zu konzipieren. Diese Expertengruppe – unter dem Vorsitz von Jacques Delors (Präsident der EU-Kommission) – legte folgenden Drei-Stufen-Plan zur Errichtung der EWWU vor:

Elemente des Drei-Stufen-Plans

1. Stufe

- Stärkere Koordination der Wirtschafts- und Währungspolitik der Mitgliedsländer
- Volle Teilnahme aller Mitgliedsländer am Europäischen Währungssystem und völlige Kapitalverkehrsfreiheit
- Weniger Wechselkursanpassungen im System

2. Stufe

- Einrichtung eines europäischen Zentralbankensystems
- Schrittweise Übertragung nationaler Befugnisse auf Gemeinschaftsebene
- Verringerung der Wechselkursbandbreiten

3. Stufe

- Übergang zu unwiderruflich festen Wechselkursen
- Ablösung der nationalen Währungen durch eine Gemeinschaftswährung
- Ende der nationalen Souveränität in der Währungspolitik

Elemente des Delors-Berichts (sehr stark gekürzt und vereinfacht)

Die zentralen Elemente einer Währungsunion werden anhand der PPT-Folie „**Kennzeichen einer Währungsunion**“ vorgestellt.



PowerPoint-Folie
Kennzeichen einer Währungsunion

Vorrangiges Ziel war es den Europäischen Binnenmarkt umzusetzen. Der Europäische Binnenmarkt ist der gemeinsame Binnenmarkt der EU, der unter diesem Namen offiziell seit dem 1. Januar 1993 existiert. Es ist unbedingt notwendig, mit den Schüler/innen die vier Grundfreiheiten (vgl. PPT-Folie „**Die vier Freiheiten des Binnenmarktes**“) im Detail zu wiederholen bzw. möglicherweise erstmalig zu erklären, die die Grundlage dieses Binnenmarktes bilden.

Die Verwirklichung der Europäischen Währungsunion (EWU) wurde in einem Stufenplan vereinbart (vgl. PPT-Folien „**Einführung des Euro im Zeitraffer**“ und „**Schritt für Schritt zur EWU**“) und auch termingerecht (ein in der Geschichte der Europäischen Einigung bemerkenswertes Phänomen!) realisiert. Zu den elf Ländern, die von Beginn an Mitglieder waren, traten im Laufe der Jahre acht weitere Staaten der EWU bei (vgl. PPT-Folie „**Mitgliedsstaaten der EWU**“).

Zu 2: Was sind die zentralen Anliegen der Währungsunion?

Es empfiehlt sich die zentralen Anliegen bzw. Vorteile der EWU gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern – z.B. im Rahmen eines Brainstormings – zu erarbeiten. Eine erste Zusammenfassung der Anliegen könnte mithilfe der PPT-Folie „**Was sind die zentralen Anliegen der Währungsunion?**“ erfolgen.

Unabdingbar ist der Hinweis an die Schüler/innen, dass die EWU ein außerordentlich wichtiges historisches bzw. politisches Projekt zur Sicherung des Integrationsprozesses, des Binnenmarktes und der weltweiten Stellung Europas ist. Mithilfe nachfolgender Zitate (eine Auswahl aus dem Munde bekannter Politiker/innen) könnte dies den Schüler/innen anschaulich vermittelt werden:

„Europa entsteht über das Geld oder es entsteht nie.“
Jaques Rueff (ehem. französischer Finanzminister in den Sechzigerjahren)

„Der Euro ist doch primär keine ökonomische Veranstaltung ... er ist Teil des Aufbaus Europas in Etappen.“
Helmut Schmidt (ehemaliger deutscher Bundeskanzler)

„Die Bedeutung der Errichtung der WWU geht weit über wirtschaftliche Gesichtspunkte hinaus. Die WWU wird stärker als manche bisherigen Integrationsstufen auch eine qualitativ neue Stufe der politischen Einigung einleiten.“
Helmut Kohl (ehemaliger deutscher Bundeskanzler)

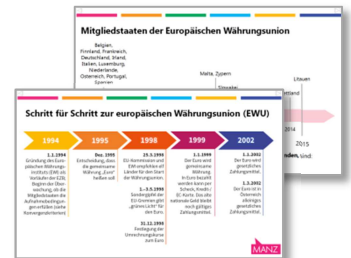
Zu 3: Wie wurde/wird und bleibt man Mitglied der Eurozone?

Dieser Punkt könnte aus fachdidaktischer Sicht in folgenden Schritten bzw. mithilfe folgender Fragestellungen vermittelt werden:

1. **Was versteht man unter dem Begriff „Konvergenz“?**
Der Begriff „Konvergenz“ sollte den Schülerinnen/Schülern wegen seiner großen Bedeutung erklärt werden. Der Begriff stammt vom lateinischen „convergere“ (sich annähern, zusammenlaufen, sich hinneigen“ und bedeutet die Annäherung der Volkswirtschaften im Hinblick auf wichtige ökonomische Eckdaten (z. B. Budgetdefizite, Inflationsrate).
2. **Warum gibt es Kriterien, die ein Land erfüllen muss, wenn es der EWU beitreten will?**
Im Rahmen der „Theorie optimaler Währungsräume“ (siehe Download Zusatzinhalt Schülerbuch Seite 194) könnte den Schülerinnen/Schülern vermittelt werden, dass nur Länder der EWU beitreten sollten bzw. können, die sich hinreichend und dauerhaft wirtschaftlich angeglichen haben.



PowerPoint-Folie
Die vier Freiheiten des Binnenmarktes



PowerPoint-Folien
Schritt für Schritt zur EWU
Mitgliedsstaaten der EWU



PowerPoint-Folie
Was sind die zentralen Anliegen der Währungsunion?

3. Welche Beitrittskriterien gibt es?

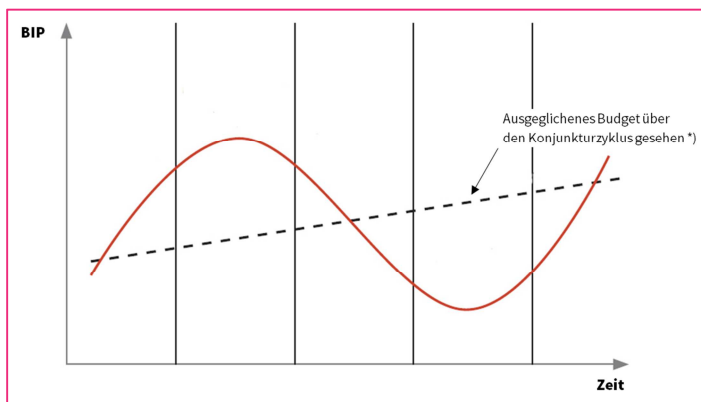
Anhand der PPT-Folie „**Konvergenzkriterien gemäß Vertrag von Maastricht**“ sollten die einzelnen Maastricht-Kriterien vorgestellt bzw. anschaulich – am besten mithilfe von Beispielen – erläutert werden.

4. Welche Kritikpunkte an den Maastricht-Kriterien werden häufig angeführt?

In möglichst anschaulicher Form bzw. anhand konkreter Beispiele sollten den Schülerinnen/Schülern die wichtigsten Kritikpunkte (siehe Schülerbuch, S. 194) vermittelt werden.

5. Warum wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt beschlossen und welche Zielsetzung hatte er?

Die Grundidee des SWP könnte mithilfe der folgenden Skizze dargestellt werden:



*) In konjunkturell schlechten Jahren durfte die Neuverschuldung auf maximal 3 % des BIP steigen. Zudem wurden Kosten für „gute“ Ausgaben berücksichtigt, z. B. für wirtschaftliche Reformen, Entwicklung und Forschung, Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. D. h., diese Ausgaben wurden als nicht schuldenwirksam gerechnet.

Den Schüler/innen sollte vermittelt werden, dass der SWP durch den Fiskalpakt abgelöst wurde.

6. Warum wurde der Fiskalpakt beschlossen und welche Maßnahmen sind damit verbunden?

Mithilfe der PPT-Folie „**Fiskalpakt**“ können die Kernpunkte dieses Vertragswerks vermittelt werden.

Die ergänzend zum Fiskalpakt beschlossenen sechs europäischen Gesetzgebungsmaßnahmen können in detaillierter Form anhand der PPT-Folie „**Maßnahmen im Rahmen des Sixpack**“ erläutert werden.

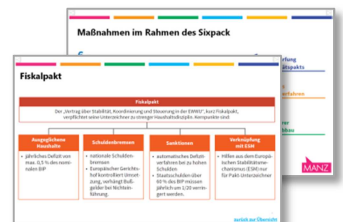
Mithilfe der Download **Ü 6.27** (Schülerbuch Seite 196) kann den Schülerinnen/Schülern eindrucksvoll veranschaulicht werden, wie „zahnlos“ die komplexen Regelwerke SWP und Fiskalpakt bisher in der Praxis gehandhabt wurden bzw. werden.

Zu 4: Wer ist für welche Aufgaben innerhalb der EWU zuständig?

Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB), bestehend aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedsstaaten, und die Organe der EZB (mit ihrer Zusammensetzung bzw. ihren Aufgaben) können mithilfe der PPT-Folien „**Eurosystem und Europäisches System der Zentralbanken**“, „**Gremien der EZB**“ und „**Aufgaben der Gremien der EZB**“ erläutert werden.



PowerPoint-Folie
Konvergenzkriterien gemäß Vertrag von Maastricht



PowerPoint-Folien
Fiskalpakt, Maßnahmen im Rahmen des Sixpack



PowerPoint-Folien
Eurosystem und ESZB
Gremien der EZB
Aufgaben der Gremien der EZB

Zentralbanken sind nicht immer unabhängig gewesen. Im Laufe der Zeit wurde die direkte politische Einflussnahme auf die Währungspolitik jedoch immer stärker beschränkt. Umfangreiche empirische Daten, historische bzw. aktuelle Erfahrungswerte (z. B. in Venezuela bzw. in der Türkei) und theoretische Analysen haben gezeigt, dass unabhängige Zentralbanken besser in der Lage sind, ihren Aufgaben (z. B. Gewährleistung der Preisstabilität) nachzukommen.

„Als Hüter der Preisstabilität schaffen die Zentralbanken die Voraussetzung für eine gesunde und stabile Wirtschaft. Hätten die Regierungen direkte Kontrolle über die Zentralbanken, könnte dies Politiker dazu verleiten, die Zinssätze zu ihren Gunsten anzupassen, um einen kurzfristigen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen, oder Zentralbankgeld zur Finanzierung von politischen Maßnahmen zu nutzen, die große Unterstützung in der Bevölkerung finden. Dies würde der Wirtschaft langfristig erheblichen Schaden zufügen.“

Quelle: www.ecb.europa.eu/explainers/tell-me-more/html/ecb_independent.de.html, (gekürzt)

Die auf den unterschiedlichsten Ebenen abgesicherte Unabhängigkeit der EZB kann mithilfe der PPT-Folie „**Unabhängigkeit der EZB**“ vermittelt werden.

Der kurze Film „**Die Aufgaben der OeNB**“ (M-LINK Schülerbuch Seite 198, 3:59 min) beschreibt die Aufgaben einer Zentralbank im Eurosystem und geht auch auf die Entwicklungen im heutigen Bankensystem ein. Wie sind Banken entstanden? Was ist eine Zentralbank überhaupt und welche Aufgaben übernimmt eine Zentralbank in der heutigen Zeit?



PowerPoint-Folie
Unabhängigkeit der EZB

Zu 5: Welche Ziele verfolgt die EZB?

Dieser Punkt könnte in folgenden Schritten behandelt werden:

1. Welches übergeordnete wirtschafts- bzw. geldpolitische Ziel verfolgt die EZB vorrangig?

Mithilfe der PPT-Folie „**Das magische Vieleck der Wirtschaftspolitik (aus Sicht der EZB)**“ kann den Schülerinnen/Schülern vermittelt werden, dass die Preisstabilität vorrangiges Ziel der EZB ist.

2. Welche unterschiedlichen Ziele der Geldpolitik gibt es?

Anhand des Informationsblattes „**Unterschiedliche Ziele der Geldpolitik**“ (siehe M-LINK Schülerbuch Seite 199) kann aufgezeigt werden, dass sich die Ziele von EZB und der US-Notenbank FED wesentlich voneinander unterscheiden und dass die damit zusammenhängenden geldpolitischen Strategien der EZB bzw. der FED auch andere Auswirkungen auf die Geldwertstabilität haben.

3. Warum hat bei der EZB die Preisstabilität den Vorrang vor anderen Zielen?

Im Unterricht sollten in einem ersten Schritt die ökonomischen Vorzüge der Preisstabilität aufgelistet bzw. erläutert werden (siehe Textauszug „**Vorteile der Preisstabilität**“, Ü 6.28, Schülerbuch S. 199). In einem zweiten Schritt sollte unbedingt darauf hingewiesen werden, dass vor allem historische Gründe dafür ausschlaggebend waren, dass das Ziel der Geldwertstabilität so zentral in der Satzung des ESZB bzw. der EZB verankert wurde.

4. Warum strebt die EZB eine Inflationsrate von „nahe zwei Prozent“ an? (= Vorteile)

Zur ergänzenden und vertiefenden Hintergrundinformation zu dem kurzen Textauszug „**Warum strebt die EZB eine Inflationsrate von nahe zwei Prozent an?**“ (Schülerbuch S. 199) folgender Fachartikel für Sie als Lehrer/in gedacht:



PowerPoint-Folie
Das magische Vieleck der Wirtschaftspolitik (aus Sicht der EZB)

Die optimale Inflationsrate liegt nahe zwei und nicht bei null Prozent

Jens Weidmann (Präsident der Deutschen Bundesbank) hat in einer Rede die aktuellen Inflationsziele von rund zwei Prozent ökonomisch begründet und verteidigt. Nullinflation taugt seines Erachtens als Ziel nicht; höhere Raten als zwei Prozent ebenso wenig.

Viele Zentralbanken wie die Fed, die Europäische Zentralbank oder die Bank of England steuern offiziell eine Inflationsrate von zwei Prozent oder, wie im Falle der EZB, von knapp unter zwei Prozent an. In der EZB wurde diese Zielrate in der Zeit des damaligen deutschen Chefökonom Otmar Issing festgelegt. Und es sei daran erinnert, dass die Deutsche Bundesbank früher bei ihrer Festlegung eines jährlichen Geldmengenkorridors eine maximale wünschbare Inflationsrate von zwei Prozent einkalkulierte. Kurz: Das Zwei-Prozent-Ziel ist keine neue Erfindung und es ist auch wenig umstritten gewesen – jedenfalls solange die Inflationsraten meist darüber lagen und man froh war, wenn die Zentralbanken sie bei etwa zwei Prozent hielten.

Heute [Anmerkung: Diese Rede hielt Jens Weidmann im Jahre 2015] ist manches anders. Die Inflationsrate liegt in vielen Industrienationen unter zwei Prozent und die Zentralbanken tun sich schwer, die Inflationsrate selbst bei einer sehr expansiven Geldpolitik auf das Zwei-Prozent-Niveau zu hieven. Im Prinzip könnte dies zu der sehr grundlegenden und auch theoretisch spannenden Frage Anlass geben, ob die Zentralbanken die Kontrolle über das Güterpreisniveau (vorübergehend) verloren haben, aber diese Frage wird nicht häufig aufgeworfen. Stattdessen gibt es Kritik am Zwei-Prozent-Ziel.

Weidmann: Zwei Prozent sind ein guter Kompromiss

Weidmann hat dieser Tage in einer Rede Folgendes ausgeführt: „Sie fragen sich vielleicht: Wo liegt das Problem, wenn die Preise im Durchschnitt um deutlich weniger als zwei Prozent steigen? Aus der Sicht eines Verbrauchers habe ich hierfür auch Verständnis, zumal die zwei Prozent nicht unbedingt einer präzisen Ableitung entspringen. Allerdings gibt es aus ökonomischer Sicht gute Gründe, weshalb inzwischen alle großen Notenbanken der Welt, wie die Federal Reserve, die Bank von Japan oder eben die EZB auf Preissteigerungsraten in Höhe von etwa zwei Prozent abzielen... Im Kern stellt die Rate von zwei Prozent letztlich einen Kompromiss aus zwei gegenläufigen Zielen dar: Eine niedrige Inflationsrate hilft, die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Inflation zu verringern. Diese entstehen vor allem dadurch, dass bei Inflation die Preise nicht mehr im selben Maße als Knappheitsindikator dienen können. Für Unternehmer oder Verbraucher ist es schwerer zu erkennen, ob eine Preissteigerung Folge einer gestiegenen Nachfrage oder eines gesunkenen Angebots ist oder ob der Preis

Eine Kritik lautet: Eine Zielrate von zwei Prozent ist zu niedrig und sollte durch eine höhere Zielrate von zum Beispiel vier Prozent ersetzt werden. Diese Kritik wird seit mehreren Jahren von keynesianischen Ökonomen wie Olivier Blanchard oder Paul Krugman vorgetragen. Ihr Argument lautet, dass bei einer Inflationsrate von vier Prozent eine Zentralbank im Falle einer Krise viel Platz habe, um den Leitzins zu senken, ohne an die Nullzinsgrenze zu gelangen.

Eine andere Kritik lautet: Eine Zielrate von zwei Prozent ist zu hoch und sollte durch eine Zielrate von null Prozent ersetzt werden. Diese Kritik stammt unter anderem von Befürwortern höherer Zinsen, die fürchten, dass bei einem Inflationsziel von zwei Prozent die sehr expansive Geldpolitik unter anderem der EZB noch lange fortgesetzt werden könnte. Höhere Zinsen kann man sich wünschen, zum Beispiel mit Blick auf die Gefahr von Spekulationsblasen oder mit Blick auf Gefahren für Finanzunternehmen (z. B. Versicherer) oder Unternehmen mit hohen Pensionsrückstellungen, die unter den sehr niedrigen Zinsen leiden.

Nun aber hat sich eine sehr kompetente Person mit einem Plädoyer für die bisherigen Zielraten der Geldpolitik zu Wort gemeldet. Dies ist Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank.

lediglich in einer Welle vieler Preissteigerungen angepasst wurde.

„Niedrig soll die Inflation sein, aber nach Ansicht Weidmanns bedarf es eines Abstands zur Nullzinsgrenze: „Umgekehrt bietet eine höhere Inflationsrate einen Sicherheitsabstand zur ‚Nullzinsgrenze‘, die, wie wir in einigen Ländern gesehen haben, tatsächlich etwas unterhalb der Null liegt. Je niedriger die angestrebte Inflationsrate ist, desto höher ist das Risiko, an die Nullzinsgrenze zu stoßen, so wie das derzeit im Euro-Raum der Fall ist. Und desto geringer ist der Spielraum der Notenbank, mit konventionellen Instrumenten stimulierend auf die Wirtschaft einzuwirken und auch deflationäre Entwicklungen zu verhindern. Aktuelle wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge stellt eine Inflationsrate von ‚knapp unter zwei Prozent‘ einen guten Kompromiss dar, zwischen den dauerhaft anfallenden Inflationskosten, und den gelegentlichen Vorteilen aus einem größeren Sicherheitsabstand.“

Quelle: Peters, H., Volkswirtschaftslehre, Lerne zu handeln!, S. 153–154 (stark gekürzt)

5. Wie soll das Ziel Preisstabilität erreicht werden? (geldpolitische Strategie der EZB)

Die Erklärung dieses Punktes ist zweifelsohne nicht einfach! Es empfiehlt sich in einem ersten Schritt, die Kernbotschaft bzw. die Funktionsweise der Quantitätsgleichung und den Geldmengenbegriff M3 kurz zu wiederholen.

Im Anschluss kann dann die geldpolitische Strategie der EZB (= Zwei-Säulen-Konzept) zur Erreichung der Preisstabilität mithilfe der PPT-Folie „Die geldpolitische Strategie des Eurosystems (Übersicht)“ vorgestellt und im Detail erläutert werden. Ergänzend dazu muss den Schüler/innen der Begriff „Referenzwert“ erklärt werden.

6. Hat die EZB ihr Ziel, Preisstabilität zu gewährleisten, erreicht?

Anhand der Grafik „Entwicklung der Inflationsrate in der Eurozone im Zeitraum 2010 bis 2018 (siehe Ü 6.29, Schülerbuch, S. 200) kann leicht überprüft werden, inwieweit der EZB dies gelungen ist.

Zu 6: Wer sind die Adressaten der Geldpolitik?

In einem ersten Schritt können die unmittelbaren (= Geschäftsbanken) und mittelbaren Adressaten (= Unternehmen, privaten Haushalte und der Staat) der Geldpolitik der EZB anhand der PPT-Folie „Adressaten der Geldpolitik“ vorgestellt werden.

Die jeweiligen geldpolitischen Einflussmöglichkeiten des Eurosystems auf die Geschäftsbanken bzw. in weiterer Folge auf die Unternehmen, privaten Haushalte und den Staat können ebenfalls mit der oben angeführten PPT-Folie oder im Sinne eines Vorweggriffs mit der Grafik „Transmissionsmechanismus“ (Download Zusatzinhalt, Schülerbuch, S. 202) in unterschiedlichen Varianten (z. B. Erhöhung oder Senkung der Leitzinsen) simuliert werden.

Zu 7: Welche Instrumente hat die EZB?

Die drei zentralen „Schienen“ der geldpolitischen Instrumente der EZB sollten – auf keinen Fall – nur theoretisch anhand der PPT-Folie „Geldpolitische Instrumente der EZB“ vorgestellt, sondern auch mithilfe von praktischen Beispielen veranschaulicht werden (Beispiel: siehe Ü 6.30, Schülerbuch, S. 202).

Zu 8: Eurokrise – eine Bewährungsprobe für Währung und Einheit der EU

Die Eurokrise war und ist eine vielschichtige Krise innerhalb der EU, deren Auslöser, wie im nachfolgenden Zeitungsausschnitt dargestellt, auch sehr wesentlich mit der Finanzkrise 2008 zusammenhängen bzw. -hängen:



PowerPoint-Folie
Die geldpolitische Strategie des Eurosystems (Übersicht)



PowerPoint-Folie
Adressaten der Geldpolitik



PowerPoint-Folie
Geldpolitische Instrumente der EZB

Eine Katastrophe, die bis heute nachwirkt – zehn Jahre Lehman-Pleite

Panische Sparer und Aktionäre, die Wirtschaft auf Talfahrt, Arbeitsplätze ausradiert – die Auswirkungen der Krise fielen auch im Inland heftig aus. Zur Linderung war viel Steuergeld nötig.

Haben wir die Krise jetzt endgültig hinter uns gelassen? Oder stecken wir noch mittendrin? Darüber lässt sich zehn Jahre nach der symbolträchtigen Lehmann-Brothers-Pleite vom 15. Sep. 2008 trefflich streiten. Österreichs Wachstumszahlen sind nach der jahrelangen Durststrecke zwar wieder sehr erfreulich. Dennoch hat die „Große Rezession“ nach 2008 unser aller Leben nachhaltig verändert. Die Finanzkrise wirkt nämlich bis heute massiv nach – ein Erbe, an dem auch künftige Generationen noch zu kiefeln haben werden.

So sind die Arbeitslosenzahlen – trotz sinkender Tendenz – auf einem höheren Niveau als vor der Krise. Dasselbe gilt für die Staatsschulden, bei denen vor allem die kostspielige Hypo-Kärnten-Rettung nachwirkt.

Wobei des Kreditnehmers Freud' zugleich des Sparers Leid ist: Die Notenbanken ermöglichen es den Staaten mit ihrer Tiefzinspolitik, die hohe Verschuldung über viele Jahre abzutragen. Das erleichtert auch jenen 270.000 österreichischen Haushalten das Leben, die sich vor der Krise in

Schweizer Franken verschuldet hatten und dann vor einem blitzartig vergrößerten Schuldenberg standen. Die Entschuldung geschieht aber auf dem Rücken der Kleinanleger, die die Kaufkraft ihrer Sparguthaben schwinden sehen. Auch das trifft die Jungen, die keine andere Geldwelt als jene ohne Zinsen kennen.

Der erwartbare Lebensstandard im Alter hat unter der Krise gelitten, weil die Pensionsvorsorge nicht die Renditen abwirft, die bei Vertragsabschluss versprochen waren. Und obendrein ist Wohnen teurer denn je, der Run auf „Betongold“ ließ die Häuserpreise explodieren. Auch da gilt: Österreich ist keine Insel der Seligen mehr.

Quelle: www.kurier.at, 12.9.2018 (gekürzt)

Es empfiehlt sich, den Schülerinnen/Schülern – wenigstens überblicksartig – den Begriff „Eurokrise“ zu erklären bzw. die wesentlichsten Ursachen bzw. Auslöser für die Eurokrise aufzuzeigen.

Mithilfe der PPT-Folie „Ursachen der Eurokrise“ und den dazugehörigen Kurztextierungen (Schülerbuch, S. 203/204) können den Schülerinnen und Schülern erste Informationen über die vielfältigen und z. T. komplexen Erklärungsansätze für die Eurokrise in strukturierter Form gegeben werden.

Für diverse Vertiefungen zum Themenfeld „Ursachen der Eurokrise“ stehen neben gezielt ausgewählten Medienbeiträgen (siehe M-Links Video, Schülerbuch, S. 203) folgende z. T. ergänzende und didaktisch aufbereitete Unterrichtsmaterialien (siehe M-Links) zur Verfügung:

- Von der Finanzkrise zur Staatsschuldenkrise
- Von der Staatsschuldenkrise zur Eurokrise
- Länderspezifische Erklärungen für die Eurokrise – zwei Beispiele
- Vom Real- zum Finanzkapitalismus (inklusive Ü 6.31)

Das in den letzten Jahren seitens der EZB eingesetzte geldpolitische Instrument der „Quantitativen Lockerung“ (QE) wird ebenfalls in einem eigenen M Link – wie folgt – im Detail behandelt:

- Welche Ziele verfolgt die EZB mit QE?
- Wie funktioniert QE?
- Welche Auswirkungen hat QE?
- Wie wirkt QE auf die Renditen von Anleihen? (Ü 6.32)



PowerPoint-Folie
Ursachen der Eurokrise